

Der externe Standpunkt

Politische Mitsprache fördert die Integration von Ausländern

Das Stimmrecht dürfte ihnen weiterhin verwehrt bleiben. Umso mehr müssen Ausländer in der Schweiz an den Entscheidungen mitwirken können, **fordern Reiner Eichenberger und Anna Maria Koukal**

Die demokratischen Institutionen der Schweiz – starke direkte Demokratie und Direktwahl der kantonalen und kommunalen Regierungsmitglieder – sind weltweit einmalig und bringen gute Ergebnisse. Nun aber werden sie durch die wachsende internationale Mobilität herausgefordert. Einerseits steigt der Ausländeranteil und damit das Gewicht jener Einwohner, die steuerpflichtig sind, aber keine demokratischen Rechte haben. Bei den Volljährigen beträgt ihr Anteil 25 Prozent. In der Altersgruppe der 30- bis 40-Jährigen, die durch Arbeit und Familienbildung die Zukunft der Schweiz prägen, sind es landesweit bereits 39 Prozent und in manchen Kantonen sogar über 50 Prozent. Andererseits leben immer mehr Schweizer im Ausland. Sie können auf nationaler Ebene weiterhin das Stimm- und Wahlrecht ausüben, obwohl sie keine Zahlpflichten haben. Wie aber sollen die Schweizer Institutionen ihre positive Kraft entfalten, wenn Rechte und Pflichten der Bürger auseinanderstreben und immer weniger Einwohner politisch integriert sind?

Ein Ansatz ist, Ausländern das Wahl- und Stimmrecht auf Gemeindeebene schneller zu geben, wie es etwa Zürichs Stadtpräsidentin Corine Mauch fordert. Gemäss unserer Forschung ist das Ausländerstimmrecht aber ein zweischneidiges Schwert: Es verbessert zwar die Integration der anwesenden Ausländer und steigert die Demokratiezufriedenheit der Inländer, doch es bringt auch mehr Ängste und Widerstände gegenüber weiterer Zuwanderung. Den Ausländern das Stimmrecht früher zu erteilen, zum Beispiel nach fünf Jahren, scheint noch lange nicht mehrheitsfähig zu sein. Darauf lassen die aktuelle Diskussion und viele gescheiterte Vorlagen schliessen. Somit dürfte auf absehbare Zeit eine sehr grosse Zahl von Einwohnern politisch ausgeschlossen bleiben.

Ähnlich verfahren ist die Situation bei den Auslandschweizern. Stimmrechte ohne Zahlpflichten bringt schwere Fehlanreize. So haben die Stimmen der Auslandschweizer

den Volksentscheid zu den Radio- und Fernsehgebühren mitentschieden, obwohl sie keine Gebühren zahlen müssen. Da rund drei Viertel der Auslandschweizer Doppelbürger sind und so auch im Ausland Stimmrecht haben, wird zudem ein Grundsatz der Demokratie verletzt: *one man, one vote*. Ausländer haben zu schwache und Auslandschweizer zu starke politische Rechte. Was Ausländer und auch Auslandschweizer möchten und denken, ist aber wichtig und kann der Politik bedeutende Impulse geben. Was also tun?

Zwischen Mitbestimmung und Mitsprache muss konsequent unterschieden werden. Es geht nicht darum, den Ausländern oder Auslandschweizern entweder keine oder volle Mitbestimmung zu gewähren. Die beste Lösung bietet eine starke institutionalisierte Mitsprache für beide Gruppen. Dazu gehört: 1. volles Initiativ- und Referendumsrecht. 2. eigene Vertreter im Parlament mit vollem Rederecht. 3. Teilnahme an Volksabstimmungen mit konsultativer Stimme.

Diese Mitspracherechte sollen den Ausländern sehr schnell, etwa nach drei Jahren Aufenthalt, und den Auslandschweizern auf Verlangen gewährt werden. So könnten diese ihre Interessen wirkungsvoll vertreten und Anliegen in den politischen Diskurs einbringen – ganz ohne Nachteile für die Inlandsschweizer. Für die Parlamentsvertretung sind unterschiedliche Varianten vorstellbar. Zum Beispiel könnten je drei Parlamentarier die Ausländer und Auslandschweizer vertreten. Oder man wendet einen Vertretungsschlüssel gemäss Populationsgrösse an.

Der Einwand, ein blosses Mitspracherecht sei wirkungslos, zieht nicht. Die Debatte ist eine Kernaufgabe des Parlaments und ein zentrales Element der direkten Demokratie. In gewisser Weise erhielten viele Ausländer wirksamere demokratische Rechte als in ihren Heimatländern. Und die Parlamentsvertreter hätten eine ähnliche Position wie fraktionslose Parlamentarier im Deutschen Bundestag, die in Ausschüssen nur Rederecht haben und keine Plenardebatte beantragen können. Auch der zusätzliche Aufwand durch das konsultative Stimmrecht ist überschaubar. Man müsste lediglich zusätzliche Unterlagen versenden und auszählen.

So könnte den Ausländern in der Schweiz und den Auslandschweizern demokratische Teilhabe gegeben werden. Gleichzeitig liesse sich das heutige demokratische Ungleichgewicht stark vermindern. Bei vielen Entscheidungen würde sich voraussichtlich zeigen, dass die Ausländer und die Auslandschweizer ähnlich denken wie Inlandsschweizer. Sollte es dennoch grosse Meinungsunterschiede geben, würde dies den weiteren politischen Prozess befruchten. Wohl am wichtigsten aber ist die Wirkung auf die öffentliche Debatte. Je höher der Anteil der politisch interessierten Medienkonsumenten und Miteinwohner steigt, desto attraktiver wird es, über Politik zu berichten und zu diskutieren. Der intensivere demokratische Diskurs führt sodann zu besseren politischen Entscheidungen für alle.

Reiner Eichenberger und Anna Maria Koukal



R. Eichenberger



Anna Maria Koukal

Reiner Eichenberger, 58, ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg und Forschungsdirektor von Crema in Zürich.

Anna Maria Koukal, 33, hat Volkswirtschaft und Sozialwissenschaft studiert. Sie ist Oberassistentin an der Uni Freiburg und Postdoc an der Fernuniversität Schweiz.